DP DEUTSCHE POLIZEI Hessen

Die Schlagzeile vergeht – das Leid bleibt!

Sie verschwinden meist schnell aus der öffentlichen Wahrnehmung. Die Absperrbänder werden eingerollt, die Fahrzeuge abgeschleppt, Akten geschlossen, Urteile gesprochen. Doch für Angehörige, Kolleginnen und Kollegen endet das Geschehen nicht mit dem Ende eines Einsatzes oder eines Strafverfahrens. Der Verlust bleibt. Die Bilder bleiben. Und oft bleibt auch das Gefühl, dass der Staat zwar viel von seinen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten erwartet, aber zu wenig darüber spricht, was geschieht, wenn dieser Dienst tödliche oder lebensverändernde Folgen hat. Öffentliche Beileidsbekundungen und medienwirksame Gesten der Anteilnahme verhallen häufig schon mit den nächsten Schlagzeilen.



Fotos: GdP Hessen

In diesem Jahr wurde diese Realität auf bedrückende Weise sichtbar. Im Saarland urteilte das Landgericht Saarbrücken im Fall des getöteten Polizeioberkommissars Simon Bohr. Der Beamte war 2025 nach einem Tankstellenüberfall erschossen worden, nachdem der Täter einem Polizeianwärter die Dienstwaffe entrissen hatte. Das Gericht sah den damals 19-jährigen Angeklagten aufgrund einer schizophrenen Erkrankung als schuldunfähig an und ordnete seine dauerhafte Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus an.

Wenige Wochen später sprach das Landgericht Cottbus das Urteil im Fall des getöteten Polizeibeamten Maximilian Stoppa. Der 32-Jährige war im Januar 2025 bei einer Verfolgungsfahrt in Lauchhammer von einem flüchtenden Fahrzeug erfasst und getötet worden. Der Angeklagte wurde wegen eines verbotenen Kraftfahrzeugrennens mit Todesfolge zu zehn Jahren und sechs Monaten Freiheitsstrafe verurteilt – nicht wegen Mordes. Und über allem steht weiterhin die Erinnerung an Kusel in Rheinland-Pfalz: zwei junge Polizeibeamte, erschossen während einer nächtlichen Verkehrskontrolle. Ein Verbrechen, das sich tief in das kollektive Gedächtnis der Polizei eingebrannt hat. Drei Bundesländer. Unterschiedliche Täter. Unterschiedliche Urteile. Doch dieselbe Leerstelle. Denn die öffentliche Debatte konzentriert sich fast immer auf Tatablauf, Schuldfrage und Strafmaß. Wesentlich seltener richtet sich der Blick auf diejenigen, die nach solchen Einsätzen zurückbleiben: Familien, Kinder, Freundeskreise, Kolleginnen und Kollegen, ganze Dienstgruppen. Menschen, deren Leben sich von einem Augenblick auf den anderen unwiderruflich verändert.



Genau dort beginnt die eigentliche Fürsorgepflicht des Staates. Polizeiarbeit ist ein Beruf permanenter Grenzerfahrungen. Nicht jeder Einsatz endet tödlich. Aber viele hinterlassen Spuren: schwere Verkehrsunfälle, Suizide, Todesnachrichten, Gewalt gegen Kinder, Tatorte schwerster Kriminalität, häusliche Gewalt oder Einsätze, in denen innerhalb weniger Sekunden zwischen Deeskalation und unmittelbarem Zwang entschieden werden muss. Beschäftigte der Kriminalpolizei befassen sich täglich mit schweren Missbrauchs- und Tötungsdelikten, die Bereitschaftspolizei erlebt Gewaltlagen und gesellschaftliche Eskalationen, der Streifen- und Ermittlungsdienst begegnet nahezu täglich menschlichen Ausnahmezuständen.

Die meisten Kolleginnen und Kollegen verrichten diesen Dienst hochprofessionell – über Jahre, oft über Jahrzehnte. Genau darin liegt jedoch das Problem des bisherigen Rechts. Psychische Belastungen entstehen nur selten durch ein einziges, klar bestimmbares Ereignis. Sie entstehen durch die Summe unzähliger Einsätze, durch Verdichtung, Wiederholung und das permanente Funktionieren-Müssen. Das hessische Beamtenversorgungsrecht bildet diese Realität bis heute nur unzureichend ab.

Die Dienstunfallfürsorge in Hessen richtet sich nach §§ 35 ff. des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes. Danach ist ein Dienstunfall ein auf äußerer Einwirkung beruhendes, plötzliches, örtlich und zeitlich bestimmbares Ereignis, das in Ausübung des Dienstes einen Körperschaden verursacht. Dieser Unfallbegriff war für seine Zeit nachvollziehbar. Er entstand in einer Epoche, in der man vor allem an sichtbare körperliche Verletzungen dachte – an Stürze, Verkehrsunfälle oder Schussverletzungen. Die Realität moderner Polizeiarbeit sieht jedoch anders aus. Die schwersten Verletzungen sind häufig nicht sichtbar. Sie entstehen schleichend – durch jahrelange Konfrontation mit Gewalt, Tod und menschlichem Leid. Diese Defizite benennt die GdP Hessen seit Jahren. Sie sind keine Reaktion auf einzelne tragische Ereignisse, sondern



das Ergebnis der Erfahrungen Tausender Polizeibeschäftigter, die tagtäglich an den Belastungsgrenzen ihres Berufs arbeiten.

Der hessische Landesvorsitzende Jens Mohrherr kritisiert immer wieder die Diskrepanz zwischen politischen Ankündigungen und dem dienstlichen Alltag der Beschäftigten. Seine Mahnung ist eindeutig: „Es ist mehr als bedenklich, wenn politische Forderungen aufgestellt werden, den harten Worten aber keine konsequenten Taten folgen." Genau dieser Widerspruch zeigt sich auch beim Thema Fürsorge. Während die Landesregierung regelmäßig den Mut, die Einsatzbereitschaft und den unverzichtbaren Beitrag der Polizei für unseren Rechtsstaat hervorhebt, erleben viele Betroffene nach belastenden oder tödlichen Einsätzen einen zermürbenden Kampf um Anerkennung, Versorgung und rechtliche Absicherung. Für die GdP Hessen reicht Wertschätzung deshalb nicht bis zur Vereidigung, zur Pressekonferenz oder zum öffentlichen Gedenken.



Sie muss sich in einem modernen Beamtenversorgungsrecht, einer wirksamen psychosozialen Betreuung und einer verlässlichen Fürsorge des Dienstherrn widerspiegeln.

Deshalb fordert die GdP Hessen:

- die Einführung einer widerleglichen Vermutungsregelung für posttraumatische Belastungsstörungen als Dienstunfall, die Anerkennung kumulativer psychischer Belastungen, eine Anpassung der Fristenregelungen bei verzögerten Krankheitsverläufen, frühzeitige therapeutische Unterstützung – unabhängig vom Ausgang eines Anerkennungsverfahrens, verpflichtende Einzelsupervision sowie eine verbindliche psychosoziale Einsatznachsorge.

Wer von Polizistinnen und Polizisten erwartet, dass sie täglich Verantwortung für die Sicherheit anderer übernehmen und im Ernstfall ihre eigene Gesundheit oder sogar ihr Leben riskieren, muss auch bereit sein, Verantwortung für sie zu übernehmen, wenn sie selbst Schutz benötigen. Hinter jeder Uniform steht ein Mensch. Hinter jedem Menschen stehen Familien, Kolleginnen und Kollegen, die darauf vertrauen, dass der Dienstherr seiner Fürsorgepflicht ebenso entschlossen nachkommt, wie er den Einsatz seiner Beschäftigten einfordert. Ein Rechtsstaat beweist seine Stärke nicht allein dadurch, wie er Sicherheit organisiert. Er beweist sie vor allem dadurch, wie er diejenigen behandelt, die diese Sicherheit Tag für Tag gewährleisten.

Das Landgericht Zweibrücken hat Mitte Juli einen Angeklagten wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu zehn Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Eine Verurteilung wegen Mordes lehnte das Gericht ab, da ein Tötungsvorsatz rechtlich nicht nachgewiesen werden konnte. Ausschlaggebend war die richterliche Bewertung, dass der Täter zwar massive Gewalt ausübte, jedoch nicht billigend in Kauf genommen habe, dass der Zugbegleiter an den Folgen der Schläge sterben würde. Der Fall macht erneut deutlich, welchem Risiko Beschäftigte ausgesetzt sind, die im öffentlichen Auftrag für Sicherheit, Ordnung und die Einhaltung von Regeln sorgen. Der getötete Zugbegleiter verlor sein Leben, weil er eine einfache Fahrkartenkontrolle durchführte – eine alltägliche Diensthandlung, wie sie auch Polizeibeschäftigte, Stadt- und Ordnungspolizisten oder andere Einsatzkräfte täglich wahrnehmen. Aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei zeigt das Verfahren einmal mehr, dass Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes längst kein Randphänomen mehr ist. Die juristische Einordnung des Gerichts ist zu respektieren, sie ändert jedoch nichts an der gesellschaftlichen Realität: Wer staatliche Regeln durchsetzt, wird immer häufiger Ziel von Aggressionen und schwerster Gewalt.

Die GdP fordert deshalb, den Schutz aller Beschäftigten mit hoheitlichen oder sicherheitsrelevanten Aufgaben weiter zu stärken. Neben einer konsequenten strafrechtlichen Verfolgung gehören dazu eine bessere personelle Ausstattung, wirksame Deeskalations- und Sicherheitskonzepte sowie eine klare politische Haltung gegen jede Form von Gewalt gegenüber Einsatz- und Kontrollkräften.

Der Tod des Zugbegleiters ist eine Mahnung, dass Respekt vor den Menschen, die täglich Verantwortung für die Sicherheit und das Funktionieren unseres Gemeinwesens übernehmen, keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Umso wichtiger ist es, diejenigen, die Recht und Ordnung durchsetzen, nicht nur öffentlich zu würdigen, sondern ihnen auch den bestmöglichen Schutz im Dienst zu gewährleisten.

Respekt zeigt sich nicht in Sonntagsreden. Respekt zeigt sich dann, wenn der Staat seine Verantwortung übernimmt – rechtlich, menschlich und dauerhaft. **Jens Mohrherr**

DP – Deutsche Polizei
Hessen

Geschäftsstelle
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 99227-0
Telefax (0611) 99227-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Markus Hüschenbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden

ISSN 0170-6446



Foto: GdP Hessen

Herzlich willkommen, liebe Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter!

Mit eurem Start in das Studium habt ihr einen bedeutsamen Schritt gewagt: Ihr habt euch für einen Beruf entschieden, der Verantwortung, Mut und Teamgeist vereint. Dafür verdient ihr Respekt. Der erste Tag in Uniform, das Kennenlernen eurer Lehrenden und eurer neuen Kameradinnen und Kameraden, die Mischung aus Vorfreude und Lampenfieber – all das gehört zu diesem besonderen Beginn. Nehmt diese Energie mit, denn sie wird euch durch anspruchsvolle Trainings, Vorlesungen und Einsätze tragen.

Das Studium an der Polizeihochschule ist vielseitig und praxisnah. Ihr werdet Recht und Ethik vertiefen, Taktik und Einsatzlehre trainieren, Kommunikation lernen, Streifenpraxis erleben und euch körperlich fordern. Dabei gilt: Fehler sind Lernmomente. Fragt nach, tauscht euch aus, unterstützt euch gegenseitig. Wer heute neben euch im Hörsaal sitzt, wird morgen im Dienst an eurer Seite stehen. Dieses Miteinander ist keine Floskel, sondern gelebter Alltag.

Willkommen an der Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS). Familie bedeutet Rückhalt – in guten wie in schwierigen Zeiten. Ihr werdet Situationen begegnen, die herausfordern und prägen. Umso wichtiger sind Kollegialität, Professionalität und ein klarer moralischer Kompass. Bewahrt eure Neugier, eure menschliche Wärme und euren Humor. Achtet aufeinander und auf euch selbst: Ausgleich, Sport, Austausch und Supervision sind keine Kür, sondern Teil eurer Einsatzfähigkeit.

Mit eurer Entscheidung habt ihr eine großartige Berufswahl getroffen. Polizistin oder Polizist zu sein, heißt, Sicherheit zu schaffen, zuzuhören, zu vermitteln und, wenn nötig, konsequent zu handeln. Ihr werdet Verantwortung übernehmen, Vertrauen gewinnen und täglich erleben, wie sehr euer Handeln zählt – für einzelne Menschen und für unsere Gemeinschaft. Kaum ein Beruf verbindet so unmittelbar Sinn, Handlungsspielraum und Teamarbeit.

Auf diesem Weg habt ihr starke Partner an eurer Seite. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) steht für euch ein – in Ausbildung und Dienst. Sie bietet Beratung, Rechtsschutz im Rahmen der Mitgliedschaft, Fortbildungen, Netzwerke und eine klare Stimme für faire Arbeitsbedingungen, moderne Ausstattung und eine Kultur des Hinschauens. Nutzt diese Angebote, vernetzt euch früh und bringt eure Perspektiven ein. Eine selbstbewusste, reflektierte junge Generation stärkt die gesamte Polizei.

Euer guter Start beginnt jetzt: Setzt euch erreichbare Ziele, strukturiert euren Lernalltag, trainiert kontinuierlich und bleibt nah an der Praxis. Haltet den Kontakt zu Mentorinnen und Mentoren, sucht Feedback und gebt es weiter. Feiert kleine Erfolge – die erste saubere Funkdurchsage, der souveräne Auftritt im Rollenspiel, die bestandene Modulprüfung. Sie sind Etappen auf einem langen, lohnenden Weg.

Ihr habt euch für einen Beruf entschieden, der Vertrauen verdient – und ihr werdet es täglich rechtfertigen. Tragt eure Uniform mit Stolz und Bescheidenheit. Geht respektvoll mit den Menschen um, denen ihr begegnet, und ebenso respektvoll miteinander. So wächst das, was unsere Polizeifamilie stark macht: Professionalität, Integrität und Zusammenhalt.

Für euer Studium, eure Ausbildung und den Start in den Dienst wünschen wir euch Durchhaltevermögen, Neugier und vor allem Freude an dieser Aufgabe. Schön, dass ihr da seid – willkommen in der Polizei und willkommen in der GdP als starkem Partner an eurer Seite. **Daniel Klimpke**

80 Jahre Treue – ein Leben für die Gemeinschaft

Fritz Vetter – ein Urgestein der Gewerkschaft der Polizei Hessen

Es gibt Ehrungen, die sind außergewöhnlich. Und es gibt Ehrungen, bei denen man einen Moment innehält, weil man spürt, dass hier nicht nur ein Jubiläum gefeiert wird, sondern ein ganzes Leben. Wenn Friedrich – von allen nur Fritz – Vetter im September 2026 seine 80-jährige Gewerkschaftsmitgliedschaft begeht, dann endet diese Geschichte nicht bei einer beeindruckenden Zahl. Sie beginnt vielmehr dort, wo nach Krieg, Zerstörung und Hoffnungslosigkeit Menschen den Mut fanden, wieder an Zusammenhalt zu glauben. Denn Fritz' Geschichte ist zugleich ein Stück deutscher Geschichte.

Als Solidarität das Fundament einer neuen Demokratie war

Der 1. September 1946. Deutschland befindet sich noch im Schatten des Krieges. Städte liegen in Trümmern, Familien suchen nach einem Neuanfang, demokratische Institutionen entstehen erst langsam wieder. Im Volkshaus Bergen-Enkheim wird damals die Gewerkschaft Bau, Steine, Erden neu gegründet. Fritz' Vater meldet seinen gerade einmal 15-jährigen Sohn dort als Mitglied an. Wahrscheinlich ahnte niemand, dass aus dieser Unterschrift eine Mitgliedschaft entstehen würde, die acht Jahrzehnte überdauert. 80 Jahre. Eine Zeitspanne, die heute kaum noch vorstellbar ist.

Vom Maurer zur Polizei

Eigentlich hatte Fritz ganz andere Pläne. Nach seiner Maurerlehre wollte er Feuerwehrmann werden. Doch das Leben hatte andere Ideen für ihn parat. Die Polizei suchte Nachwuchs. Am 23. Juni 1952 trat Fritz in die 3. Hundertschaft der Bereitschaftspolizei in Hofgeismar ein. Eine Zeit, die – wie er selbst schmunzelnd, aber auch mit ernstem Blick erzählte – vom Drill der Nachkriegs-



Foto: Peter Wittig

jahre geprägt war. Militärisch und Gehorsam verlangend. Mit seinem Eintritt in die Polizei Hessen wechselte er selbstverständlich auch gewerkschaftlich zur ÖTV, aus der später die eigenständige Gewerkschaft der Polizei hervorging. Seitdem gehören Fritz Vetter und die GdP untrennbar zusammen.

Karriere mit Haltung

Sein beruflicher Weg führte ihn über verschiedene Dienststellen unter anderem zum 13. Polizeirevier Frankfurt. Als bewährter Beamter absolvierte er den damals renommierten „Wanninger-Lehrgang“, der ihm den Weg in Führungsfunktionen eröffnete. Fritz Vetter war danach Dienstgruppenleiter, Einsatzgruppenleiter, später Leiter der Einsatzorganisation bei der Polizeistation Eschborn und wurde dort unter dem legendären Roland Noll zu einer festen Größe. Am 1. Januar 1990 trat Fritz Vetter in den Ruhestand. Zumindest offiziell. Denn wer Fritz kennt, weiß: Menschen wie er gehen vielleicht in Pension. Aber sie hören niemals auf, sich für andere einzusetzen.

Ein Gewerkschafter aus Überzeugung

Nach der Gründung des Polizeipräsidiums Westhessen am 1. Januar 2001 gehörte Fritz zu den Menschen, die den Seniorenbereich der Bezirksgruppe entscheidend mit aufbauten. Von 2005 bis 2017 war er Schriftführer des Seniorenvorstandes der GdP Westhessen. Was zeichnete ihn besonders aus? Zuverlässigkeit, Bescheidenheit, ohne großes Aufhebens, so kennt man ihn. Für Fritz war Gewerkschaft nie ein Amt. Sie war eine Haltung. Ein Mensch, den man nicht vergisst. Spricht man heute mit ehemaligen Kolleginnen und Kollegen über Fritz Vetter, fällt etwas auf. Keiner beginnt damit, welche Position er innehatte. Niemand spricht von Orden oder Funktionen. Alle sprechen zunächst über den Menschen, über seine Herzlichkeit, seinen Humor, seine Hilfsbereitschaft und seine ruhige Art. Viele erzählen noch heute mit feuchten Augen von gemeinsamen Diensten.

Von einem Vorgesetzten, der nie von oben herab führte. Von einem Kollegen, der immer Zeit hatte. Von einem Freund, der zuhören konnte. In einer Zeit, in der Führung häufig mit Autorität verwechselt wurde, lebte Fritz etwas anderes vor, nämlich Respekt, Vertrauen und Menschlichkeit. Vielleicht ist genau das sein größtes Vermächtnis.

Menschen wie Fritz prägen Generationen

Die Geschichte einer Gewerkschaft wird nicht nur von ihren Vorsitzenden oder in der Öffentlichkeit stehenden Personen geschrieben. Sie wird vor allem von Menschen geschrieben, die Tag für Tag ihre Werte leben. Von Kolleginnen und Kollegen, die Verantwortung übernehmen, ohne im Mittelpunkt stehen zu wollen. Von Menschen wie Fritz Vetter. Er hat Generationen von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten erlebt. Er hat Uniformen kommen und gehen sehen, Dienstgrade, (Um-)Organisationen, Reformen und eine Menge Technik.

Doch eines blieb für ihn immer unverändert: Zusammenhalt ist die stärkste Kraft einer Gewerkschaft wie der GdP.

Ein Jubiläum, das große Demut entstehen lässt

80 Jahre Mitgliedschaft. Diese Zahl ist so außergewöhnlich, dass sie sich kaum in Worte fassen lässt. Sie steht für Beständigkeit in einer Welt, die immer schneller wird. Für Loyalität in einer Zeit zunehmender Beliebigkeit. Für Verlässlichkeit, wenn vieles nur noch kurzfristig gedacht wird. Und sie steht für einen Menschen, der nie aufgehört hat, an die Kraft der Gemeinschaft zu glauben.

Lieber Fritz …
… es gibt Menschen, denen man zu einem Jubiläum gratuliert. Denen man eine Urkunde und eine Nadel überreicht. Vielleicht noch einen Präsentkorb mit, seien wir ehrlich, doch immer den gleichen Inhalten. Und es gibt Menschen, denen man einfach Danke sagen möchte.

Danke für Deine Treue.
Danke für Deinen jahrzehntelangen Einsatz.
Danke für Deine Menschlichkeit.
Danke dafür, dass Du nie vergessen hast, worum es in unserer GdP wirklich geht, um die Menschen. Wir gratulieren zum Jubiläum und wünschen Dir viel Gesundheit. Verliere nicht Deinen Humor, Deine Herzlichkeit und Deine positive Art. 80 Jahre Mitgliedschaft sind einzigartig. Ein Mensch wie du ist es erst recht. **Peter Wittig**

Anzeige



Grone
WISSEN, DAS SIE WEITERBRINGT

Grone Bildungszentren Hessen GmbH - gemeinnützig
Gerbermühlstraße 11 · 60594 Frankfurt am Main
Telefon 069 4089987-0 · Fax 069 4089987-10
E-Mail: frankfurt@grone.de · www.grone.de

Sparen um jeden Preis? – Haushaltskonsolidierung auf dem Rücken der Beschäftigten

Unsere Landesregierung spricht von Haushaltsdisziplin, Konsolidierung und Zukunftssicherung. Für die Beschäftigten der Polizei und des öffentlichen Dienstes zeigt sich diese Sparpolitik jedoch immer häufiger im Arbeitsalltag – durch viele kleine Einschnitte, die in ihrer Summe erhebliche Auswirkungen haben.

Am 2. April 2026 gab Finanzminister Professor Dr. R. Alexander Lorz per Pressemeldung Folgendes bekannt: „Unsere Prioritäten sind klar: Stellen von Lehrerinnen und Lehrern, Polizistinnen und Polizisten sowie Richterinnen und Richtern werden weiterhin nachbesetzt. Hier gilt die Wiederbesetzungssperre nicht. Bildung, Innere Sicherheit und Rechtsstaat bleiben geschützte Bereiche. Wir handeln konsequent, aber mit Augenmaß.“ Bereits im Juli 2026 zeigte sich, dass im Polizeibereich doch gespart werden soll, wenn auch nicht direkt bei den Vollzugsbeamten. Zwei aktuelle Beispiele verdeutlichen diese negative Entwicklung besonders eindrucksvoll.

Stellenanteile verfallen, jede dritte Stelle wird nicht wieder besetzt – die Arbeit bleibt

In vielen Dienststellen können frei werdende oder nur anteilig besetzte Stellen von Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamten nicht mehr sinnvoll genutzt werden. Stellenanteile verfallen, obwohl die Aufgaben unverändert bestehen oder sogar zunehmen. Die Folge ist absehbar: Die Arbeit verschwindet nicht, sondern wird auf die verbleibenden Kolleginnen und Kollegen verteilt. Gerade Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamte übernehmen unverzichtbare Aufgaben in Verwaltung, Service, Technik und Organisation. Wer hier Stellenanteile dauerhaft ungenutzt lässt, spart zwar kurzfristig Haushaltsmittel, schwächt aber langfristig die Leistungsfähigkeit der Polizei. Selbst verkünden wollte die Landesregierung das den Betroffenen nicht und überließ diese unangenehme Aufgabe den Präsidien. Einige haben nur sehr kurz vor Ablauf ihrer Aufstockung davon erfahren. Gerade diese schlechte Kommunikation erschüttert und versetzt viele in finanzielle Schwierigkeiten, gerade in den unteren Entgeltgruppen. Dies wird dazu führen, dass einige möglicherweise kündigen werden, um bei einem anderen Arbeitgeber zu arbeiten. Wertvolles Fachwissen wird so verloren gehen. Die Landesregierung begründet ihren Sparkurs mit der angespannten Haushaltslage. Um jährlich rund 75 Millionen Euro einzusparen, will die Landesregierung außerdem in den kommenden Jahren etwa 1.000 frei werdende Stellen nicht wiederbesetzen. Auch diese Arbeit werden dann Vollzugsbeamte erledigen müssen.

Auch kleine Einschnitte senden ein fatales Signal

Ein weiteres Beispiel mag auf den ersten Blick unscheinbar wirken: Der Arbeitszeitrahmen wurde in diesem Jahr nicht – wie bisher – im Sommer um eine Stunde nach vorne erweitert. Für den Landeshaushalt bedeutet diese Entscheidung nur eine geringe Einsparung. Für viele Beschäftigte bedeutet sie jedoch den Verlust eines kleinen Stücks Flexibilität bei der Gestaltung ihres Dienstalltags. Gerade in der heißen Jahreszeit war ein Dienstbeginn um 5 Uhr morgens eine Möglichkeit, der Hitze in nicht klimatisierten Gebäuden zu entgehen und einfach um eine Stunde versetzt konzentriert zu arbeiten. Wird selbst an solchen Regelungen gespart, entsteht bei vielen Beschäftigten der Eindruck, dass jede noch so kleine Möglichkeit zur Entlastung auf den Prüfstand gestellt wird.

Sparen ohne Zukunftskonzept

Natürlich muss auch ein Bundesland verantwortungsvoll wirtschaften. Niemand erwartet, dass öffentliche Haushalte ohne Rücksicht auf die finanzielle Lage geführt werden. Doch nachhaltige Haushaltskonsolidierung darf nicht bedeuten, Personal abzubauen, Flexibilität einzuschränken und die Belastungen der Beschäftigten immer weiter zu erhöhen. Bereits heute klagen viele Dienststellen über hohe Arbeitsbelastung, steigende Aufgaben und fehlende personelle Reserven. Werden gleichzeitig Stellen nicht genutzt und Arbeitsbedingungen verschlechtert, verschärft sich dieses Problem weiter. Wenn zeitgleich neue Logos für 800.000 Euro + Folgekosten in Auftrag gegeben werden, fragt man sich, wie da die Prioritäten gesetzt wurden.

Wertschätzung zeigt sich im Handeln

Politik betont regelmäßig, wie wichtig eine leistungsfähige Polizei und ein funktionierender öffentlicher Dienst für Hessen sind. Diese Wertschätzung muss sich jedoch auch in konkreten Entscheidungen widerspiegeln. Wer einerseits Höchstleistungen erwartet, um mit Statistiken glänzen zu können, andererseits aber an Stellenanteilen und ganzen Stellen, Flexibilität und Arbeitsbedingungen spart, sendet das falsche Signal. Motivation entsteht nicht allein durch Dankesworte, sondern durch verlässliche Personalpolitik und Rahmenbedingungen, die den Beschäftigten ihre Arbeit erleichtern statt erschweren. Die GdP Hessen erwartet deshalb, dass die Landesregierung ihre Sparmaßnahmen nicht einseitig zulasten der Beschäftigten umsetzt. Investitionen in Personal und gute Arbeitsbedingungen sind keine vermeidbaren Ausgaben – sie sind eine Investition in die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger und in die Zukunft einer leistungsfähigen hessischen Polizei. Wir hoffen, dass das aktuelle Sparprogramm, ebenso wie die Programme der Vergangenheit wie die sogenannte „Operation sichere Zukunft“ und die „Personalvermittlungsstelle“, bald als Irrweg erkannt werden. **Markus Hüschenbett**



Foto: amroj/Pixelio.de

Langer Weg zwischen Tradition und Moderne

Was prägt das Berufsbild der Polizei – eine Reise durch viele Jahrzehnte

Kaum ein Beruf hat sich in den vergangenen fünf Jahrzehnten so tiefgreifend verändert wie der Polizeiberuf. Was in den 1970er-Jahren noch von klassischen Streifendiensten und überschaubaren Kriminalitätsformen geprägt war, verlangt heute ein Höchstmaß an Fachwissen, Belastbarkeit und Flexibilität. Der Polizist der 1970er-Jahre und die Polizeibeamtin oder der Polizeibeamte von heute tragen zwar größtenteils noch Uniform – doch ihr Berufsalltag könnte unterschiedlicher kaum sein. Zwischen Schreibmaschine und Smartphone, Funkgerät und digitaler Einsatzleitstelle liegen Welten. Wer den Polizeiberuf heute mit dem von vor 50 Jahren vergleicht, erkennt nicht nur technische Entwicklungen, sondern einen grundlegenden Wandel der gesamten Gesellschaft. Mit ihr haben sich auch die Erwartungen an die Polizei vervielfacht. Früher galt der Polizist vor allem als Ordnungshüter, heute ist er zugleich Konfliktmanager, Ermittler, Psychologe, IT-Ansprechpartner, Krisenbewältiger und oft auch sozialer Ansprechpartner. Die Anforderungen wachsen stetig – die personellen Ressourcen hingegen nicht immer im gleichen Maße. Die Polizei war schon immer Spiegelbild der Gesellschaft. Deshalb erzählt die Entwicklung des Polizeiberufs zugleich die Geschichte gesellschaftlicher Veränderungen – von den 1970er-Jahren bis in unsere digitalisierte und zunehmend komplexe Gegenwart. Zwischen Respekt und Misstrauen, zwischen Handschlag und Hasskommentar liegen nur wenige Jahrzehnte. Der Wandel des Polizeiberufs zeigt eindrucksvoll, wie sehr sich das Verhältnis zwischen Staat, Gesellschaft und Polizei verändert hat. Wer heute den Polizeiberuf ergreift, entscheidet sich für eine Aufgabe, die mit der Polizeiarbeit der 1970er-Jahre nur noch wenige Gemeinsamkeiten hat. Die Herausforderungen sind vielfältiger, die Bedrohungen komplexer und die Erwartungen höher denn je. Ein Blick zurück macht deutlich, wie stark sich der Polizeiberuf gewandelt hat.

Wir beginnen den Blick zurück mit einer historischen Betrachtung des Berufsbilds Polizist aus dem Jahr 1972.

Geschrieben wurden die folgenden Zeilen von Gerhard Kastl, damaliges Mitglied im Landesvorstand der GdP Hessen und heute 95 Jahre alt. Nochmal zur Verdeutlichung: Diese Zeilen stammen aus dem Jahr 1972! (Vollversion über QR-Code nächste Seite).



Foto: Jens Mohrherr

Zwischen Tradition und Moderne: Was prägt das Berufsbild der Polizei 1972?

Das Berufsbild des Polizeibeamten ist das Ergebnis eines langen historischen Prozesses und wird bis heute von gesellschaftlichen, politischen und medialen Einflüssen geprägt. Während die Polizei früher als verlängerter Arm der Herrschenden galt, ist sie heute ein Garant für Sicherheit und Ordnung in einer demokratischen Gesellschaft. Dennoch wirken alte Vorurteile und Klischees fort – nicht zuletzt durch die Darstellung in Medien und Literatur.

Öffentliche Wahrnehmung und Medien

Die Arbeit der Polizei findet überwiegend im öffentlichen Raum statt. Fehler und Normabweichungen werden daher besonders wahrgenommen und prägen das Berufsbild in der Bevölkerung. Massenmedien, Literatur und Filme verstärken diesen Effekt, indem sie häufig Klischees, Vorurteile und Übertreibungen bedienen. Beispiele aus der Literatur – von Thomas Wolfe bis Siegfried Lenz – zeigen, wie Polizisten als autoritär, unbeholfen oder gar korrupt dargestellt werden.

Die Diskrepanz zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung ist groß: Wer Hilfe sucht, sieht die Polizei meist positiv, wer sie meiden will, negativ.

Wandel der Einstellungsvoraussetzungen bis 1972

Auch die internen Strukturen und Anforderungen an Polizeibeamte haben sich stark verändert. Während früher nur ledige, gesunde Männer mit gutem Leumund und abgeschlossener Berufsausbildung zugelassen wurden, sind heute auch verheiratete Bewerber, Brillenträger und sogar Personen mit Vorstrafen oder Schüler zugelassen. Das Einstellungsalter wurde von 19–23 auf 16–35

Jahre erweitert, die Mindestgröße von 168 auf 163 cm gesenkt. Diese Flexibilisierung war notwendig, um dem Personalmangel zu begegnen, führte aber auch zu einer größeren Vielfalt und Uneinheitlichkeit im Berufsbild.

Die Rolle der GdP 1972

Gewerkschaftsfunktionäre tragen wesentlich zur Formung des Berufsbildes bei. Sie müssen den Mut haben, auch Fehlverhalten innerhalb der Polizei zu kritisieren und sich für bessere gesellschaftliche und berufliche Rahmenbedingungen einzusetzen. Die GdP setzt sich für mehr Mitbestimmung, bessere Arbeitsbedingungen und gesellschaftliche Anerkennung ein. Sie fordert, dass die Polizei nicht nur einfach gesteuert wird, sondern aktiv an der Gestaltung ihrer Belange mitwirken kann.

Die Vertretung der Polizei in vielen politischen Gremien ist ausbaufähig – hier ist die GdP gefordert, die Interessen der Kolleginnen und Kollegen wirksam zu vertreten.

Fazit und Ausblick

Das Berufsbild des Polizeibeamten ist komplex und von vielen Faktoren beeinflusst. Es liegt an uns als Gewerkschaft, die Ursachen für ein negatives Berufsbild zu erkennen und aktiv an Verbesserungen zu arbeiten.

Dazu gehört auch, sich mit Medienkompetenz gegen Klischees zu wehren, für einheitlichere Standards einzutreten und die gesellschaftliche Anerkennung unseres Berufsstandes zu stärken. Gerhard Kastl, 1972

Der Blick in das Jahr 2026

Springen wir also nun in die Gegenwart und versuchen zu verstehen, wie sich das Berufsbild heute darstellt. Eine Darstellung des hessischen GdP-Chefs Jens Mohrherr:

Das Berufsbild 2026: Eine neue Generation übernimmt Verantwortung

Mehr als fünf Jahrzehnte nach den von Gerhard Kastl 1972 beschriebenen Entwicklungen hat sich das Berufsbild des Polizeibeamten grundlegend verändert.

Die Polizei ist heute hochspezialisiert, digital vernetzt und mit einer Vielzahl neuer Kriminalitäts- und Einsatzphänomene konfrontiert. Cybercrime, Extremismus, hybride Bedrohungen, Gewalt gegen Einsatzkräfte, psychische Belastungen sowie ein zunehmend rauer gesellschaftlicher Umgangston prägen den Berufsalltag. Gleichzeitig sind die Erwartungen an die Polizei so hoch wie nie zuvor.

Sie soll Sicherheit gewährleisten, Konflikte lösen, kommunizieren, deeskalieren und dabei jederzeit rechtsstaatlich, transparent und bürgernah handeln.

Studium statt Ausbildung

Diese Entwicklung spiegelt sich bereits zu Beginn wider. Die Studierenden der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS) absolvieren ein wissenschaftlich anspruchsvolles duales Studium, das Theorie, Praxis und Einsatztraining miteinander verbindet. Sie werden auf eine Tätigkeit vorbereitet, die weit über das klassische Bild des Streifenbeamten hinausgeht. Von Beginn an werden analytisches Denken, rechtliche Kompetenz, digitale Fähigkeiten, kommunikative Stärke und psychische Belastbarkeit gleichermaßen gefordert. Gerade diese Generation zeigt eine hohe Motivation und ein ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein.

Viele junge Menschen entscheiden sich bewusst für den Polizeiberuf, weil sie einen Beitrag für Demokratie, Rechtsstaat und gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten wollen. Gleichzeitig erleben sie bereits während des Studiums einen erheblichen Leistungsdruck. Prüfungen, Praxisphasen, Schieß- und Einsatztraining, Sport sowie die Konfrontation mit belastenden Einsatzlagen verlangen den Studierenden früh ein hohes Maß an Professionalität und Resilienz ab.

Qualitätssicherung statt Zahlenspiele

Aus unserer Sicht muss deshalb die Qualität der Ausbildung oberste Priorität besitzen. Wer die Polizei zukunftsfähig aufstellen will, darf den Fokus nicht allein auf hohe Einstellungszahlen richten. Ebenso wichtig sind ausreichende Lehrkapazitäten, moderne Lernbedingungen, eine zeitgemäße digitale Ausstattung, eine intensive Betreuung sowie vor allen Dingen kostengünstige Angebote für Wohnraum während des Studiums, die den tatsächlichen Anforderungen des Polizeiberufs gerecht werden. Gute Polizeiarbeit beginnt nicht erst mit der Ernennung zur Polizeikommissarin oder zum Polizeikommissar – sie beginnt bereits am ersten Studientag. Hinzu kommt, dass die junge Generation heute andere Erwartungen an ihren Arbeitgeber stellt als früher.

Themen wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Gesundheitsmanagement, flexible Arbeitszeitmodelle, Entwicklungsperspektiven und eine wertschätzende Führungskultur spielen eine deutlich größere Rolle. Diese Erwartungen sind kein Ausdruck mangelnder Leistungsbereitschaft, sondern Voraussetzungen dafür, qualifizierte Nachwuchskräfte dauerhaft für den Polizeiberuf zu gewinnen und zu halten.

75 Jahre verlässliche Begleitung

Gerade hierin sieht die GdP Hessen seit nunmehr 75 Jahren ihren gewerkschaftlichen Auftrag. Sie begleitet die Kolleginnen und Kollegen von Beginn ihres Studiums an, setzt sich für gute Studien- und Arbeitsbedingungen ein und sorgt dafür, dass die Stimme der jungen Generation in den politischen Entscheidungsprozessen gehört wird.

Denn das Berufsbild der Polizei wird nicht allein durch Gesetze oder Einsatzkonzepte geprägt, sondern vor allem durch die Menschen, die diesen Beruf täglich mit Engagement, Kompetenz und Haltung ausfüllen.

Trotz allem schreitet der Wandel fort

Das Berufsbild des Polizeibeamten befindet sich damit auch im Jahr 2026 in einem stetigen Wandel. Die Grundwerte sind geblieben:

Einsatz für den Rechtsstaat, Schutz der Bevölkerung und Verantwortung für die Gesellschaft.

Die Anforderungen an diejenigen, die diesen Auftrag erfüllen, sind jedoch größer und vielfältiger geworden als jemals zuvor. Umso wichtiger ist eine starke Gewerkschaft, die diesen Wandel aktiv begleitet und die Interessen der Beschäftigten konsequent vertritt.

Jens Mohrherr

© michal - stock.adobe.com



Gewerkschaft der Polizei
Hessen

MITMACHEN & GEWINNEN!

Wir schauen genauer hin!

KEIN PERSONALABBAU IM TARIFBEREICH!

Die GdP kritisiert die vom Land verordnete Stellenbesetzungssperre scharf. Die Einsparungen greifen konkret in die Personalstruktur der Polizei ein. Unklar ist vielerorts, welche Stellen wegfallen und welche Nachbesetzungen überhaupt möglich sind.

WIR FORDERN:

- ☑ kein Stellenabbau in sämtlichen polizeilichen Verwaltungs-, IT-, Technik-, Forensik- und Unterstützungsbereichen
- ☑ sofortige Klärung der Auswirkungen der Stichtagsregelung
- ☑ keine Verlagerung von Verwaltungs- und Unterstützungsaufgaben auf den Polizeivollzug
- ☑ frühzeitige Einbindung von Personalvertretungen und Gewerkschaften

→ Homepage

GEMEINSAM SEHEN WIR KLARER, DESHALB JETZT MITGLIED WERDEN! VOM 01.09. BIS 14.12.2026 LAUFEN UNSERE VERLOSUNGSAKTIONEN FÜR WERBENDE UND NEUMITGLIEDER. ZU GEWINNEN GIBT ES:

Tankgutscheine 2 Stück à 1.000 Euro, 2 Stück à 500 Euro, 2 Stück à 250 Euro

Weitere Infos auf unserer Homepage. Wir drücken Euch die Daumen!

→ Beitritt

Gewerkschaft der Polizei · Landesbezirk Hessen · Wilhelmstraße 60 a · 65183 Wiesbaden · GdP-Hessen@gdp.de · www.gdp.de/hessen